

Ist die AfD eine demokratische Partei?

Beitrag von „Maylin85“ vom 17. November 2023 23:05

Zitat von CDL

Ein "Auffanglager ohne Ausgangsmöglichkeit" ist letztlich ein Gefängnis. Der Aufenthalt in selbigen erfordert in einem Rechtsstaat ein ordentliches Gerichtsverfahren in dem mit bedacht wird, dass keine feststellbare Identität zu haben längst nicht immer in der Verantwortung der Menschen liegt, die hier ankommen, sondern auch an den Herkunftsländern liegen kann, die nicht ausreichend kooperieren bei Identitätsfeststellungen. Verdienstmöglichkeiten zumindest offizieller Art haben hierzulande sowieso nur Menschen mit passendem Aufenthaltsstatus. Dafür müssen wir uns also nicht direkt von unserem Rechtsstaat verabschieden.

Es geht um Leute, die sich ihrer Identität nicht erinnern können und keine oder offensichtlich fehlerhafte Angaben machen und damit offensichtlich ganz bewusst Schwachstellen im System nutzen. Man könnte durchaus diskutieren, ob mangelnde Kooperationsbereitschaft in Kombination mit der Tatsache, dass man nunmal keine Ahnung hat, wen man da vor sich hat, Präventivmaßnahmen rechtfertigt. Ja, dazu bräuchte es ggf. eine Anpassung des Rechtsrahmens. Meines Erachtens gibt es hier derzeit ein rechtliches Vakuum - einerseits sind Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis sofort ausreisepflichtig, andererseits hat man Kandidaten, deren Verfahren zur Feststellung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine solche Erlaubnis mangels Identitätsfeststellung nicht gescheit durchgeführt werden kann. Hier braucht es eine mit Konsequenzen belegte Mitwirkungspflicht zur Identitätsfeststellung.

Mit Verdienstmöglichkeiten meinte ich nicht nur reguläre, an eine Arbeitserlaubnis geknüpfte Jobs, sondern jede Art von finanziellen Zuwendungen, wie beispielsweise auch Taschengelder oder (anknüpfend an den vorherigen Gedanken) Entlohnung von Arbeit in Identitätsfeststellungsgewahrsam. Das war begrifflich unpräzise formuliert.